

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Leo Dietz

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Marina Jakob

Abg. Anna Rasehorn

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe daher nun den letzten, den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

**CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Müllverbrennung abschaffen (Drs. 19/7194)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Klimapolitik ist der sichere Weg in den wirtschaftlichen Untergang. Die davon abgeleitete CO<sub>2</sub>-Abgabe zerstört unsere Wirtschaft. Diese CO<sub>2</sub>-Steuer ist ein reines Abzockinstrument. Mit den Einnahmen kann der Staat noch nicht einmal das Arbeitslosengeld für die notwendigen Entlassungen finanzieren. Mit jedem Euro CO<sub>2</sub>-Steuer wird Deutschland ärmer; sie verringert auch keine Emissionen, aber sie zerstört unseren Wohlstand. Dieser Irrsinn muss gestoppt werden!

(Beifall bei der AfD)

Die CO<sub>2</sub>-Steuer, oder besser die Luftsteuer, ist 2021 eingeführt worden. Uns wurde versprochen, dass die Einnahmen als Klimageld an die Bürger zurückgezahlt werden. Das war ein politisches Täuschungsmanöver. Die Einnahmen werden für den maroden Bundeshaushalt verwendet, das ist die Wahrheit. Derzeit fließen rund 13 Milliarden Euro in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds. Aus diesem Fonds wird Geld an die grüne Klimalobby und deren sinnlose Projekte verteilt. Das ist eine reine Geldverschwendung.

Ich nenne ein paar Beispiele: 2 Milliarden Euro gehen für Projekte wie das Programm Natürlicher Klimaschutz oder die Nationale Wasserstoffstrategie drauf. Es werden Projekte subventioniert, die keine Wertschöpfung generieren. Eine halbe Milliarde wurde

übrigens von Robert Habeck mit seiner Northvolt-Insolvenz verschleudert. Das ist ein Staatsversagen in Dauerschleife.

Herr Merz und Herr Söder haben aus diesem Versagen nichts gelernt. Sie setzen diese verheerende Klimapolitik fort, einfach weil sie damit jede weitere Steuererhöhung begründen können. Genau deshalb wird die sogenannte CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder CO<sub>2</sub>-Steuer auf immer mehr Bereiche ausgeweitet. Zuerst haben Sie die Luftsteuer auf Diesel, Benzin, Heizöl und Gas erhoben. Heute zahlt die durchschnittliche Familie ungefähr 400 Euro mehr fürs Heizen und Tanken, Tendenz stark steigend. Die Konsequenz ist verheerend. Letztes Jahr haben ungefähr vier Millionen Menschen ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können. Das ist ein absolutes soziales Desaster.

Jetzt besteuern Sie auch die Müllverbrennung mit Ihrer CO<sub>2</sub>-Steuer. Die thermische Verwertung wird also künstlich verteuert. Wir sprechen hier von fast einer Milliarde Euro zusätzlicher Steuerbelastung für die Bürger in Deutschland. Diese Kosten müssen die Kommunen weitergeben. In einzelnen Gemeinden in Bayern sind die Entsorgungsgebühren um bis zu 45 % gestiegen. In jeder Gemeinde in Bayern steigt der Preis jedes Jahr weiter. Damit werden keine Emissionen eingespart, sondern nur die Bürger abgezockt.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer auf Müllverbrennung hat überhaupt keine Lenkungswirkung. Wenn die Müllgebühren weiter steigen, laufen wir Gefahr, dass die Entsorgung von Abfällen in Zukunft ein regelrechter Luxus wird. Es besteht die Gefahr, dass wir dann später Abfälle in der Natur wiederfinden. Schon heute gibt es eine Müll-Mafia, die mit billiger Entsorgung auf Kosten der Umwelt Geschäfte macht. Die hohen Entsorgungsgebühren gefährden langfristig auch den Umweltschutz. Das ist also absolut unverantwortlich, was Sie hier tun.

Eine echte Kreislaufwirtschaft wäre sicherlich wünschenswert, aber jeder von uns weiß, dass diese nur zum Teil machbar ist. Wir müssen also auch in Zukunft einen

erheblichen Teil der Abfälle thermisch verwerten. Das ist schon wegen der Umwelt nötig.

Es gibt aber auch noch andere Gründe für die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe bei der Müllverbrennung. Die Bürger zahlen nämlich schon heute die sogenannte Kunststoffabgabe an die EU. Das ist eine Abgabe, die auf jedes Kilo Plastikmüll erhoben wird. Im Endeffekt entsteht dadurch eine Doppelbesteuerung. Diese Doppelbesteuerung müssen wir endlich für die bayerischen und die deutschen Bürger abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern die Staatsregierung deswegen auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Müllverbrennung einzusetzen. Schluss mit dieser staatlichen Abzocke und Schluss mit Ihrer Klimalüge! Weg damit! Entlasten Sie unsere Bürger und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

**Leo Dietz (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Klimaschutz ist selten bequem. Klimaschutz verlangt Entscheidungen, die Weitblick erfordern, und er verlangt Ehrlichkeit dahin gehend, dass Veränderungen auch ihren Preis haben. Gerade in solchen Debatten zeigt sich, wer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, und wer lieber einfache Antworten präsentiert, auch wenn sie in der Realität nicht tragen.

Der heute vorliegende Antrag der AfD ist ein Beispiel dafür, wie man vermeintlich schnelle Lösungen verspricht, ohne die komplexen Zusammenhänge unserer Abfall- und Klimapolitik wirklich zu berücksichtigen. Genau deshalb müssen wir diesen Antrag sehr klar und sachlich einordnen.

Lassen Sie mich zunächst eines klarstellen: Klimaschutz hat einen Preis. Das ist richtig so. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung dient der Kostenwahrheit und der Verursachergerechtigkeit. Wenn CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird, entstehen ökologische und volkswirtschaftliche Kosten, die bislang die Allgemeinheit trägt. Eine marktwirtschaftliche Ordnung verlangt jedoch, dass der Verursacher Verantwortung übernimmt und nicht der Steuerzahler.

Die Müllverbrennung ist ein relevanter Emittent. Pro Tonne verbrannten Abfalls entstehen 0,7 bis 1,2 Tonnen CO<sub>2</sub>. Das sind keine Randwerte, sondern erhebliche Emissionen. Wer fordert, diesen Sektor dauerhaft und ersatzlos von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu befreien, macht nicht Umweltpolitik, sondern betreibt Rückschritt und Klientelpolitik. Die Abgabe entfaltet zudem eine wichtige Lenkungswirkung. Sie fördert Abfallvermeidung, hochwertiges Recycling und damit eine moderne Kreislaufwirtschaft. Würde die Müllverbrennung künstlich verbilligt, fiel dieser Anreiz weg. Dann wird wieder mehr verbrannt und weniger verwertet.

Das ist das Gegenteil dessen, was wir politisch erreichen wollen, und es widerspricht dem Grundprinzip einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. An dieser Stelle möchte ich noch etwas zur Klarstellung des rechtlichen Rahmens sagen: Bayern hat sich im Bundesratsverfahren zum Brennstoffemissionshandelsgesetz ausdrücklich gegen eine Einbeziehung der Siedlungsabfallverbrennung in den nationalen Emissionshandel positioniert. Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass Müllverbrennungsanlagen eine besondere Rolle einnehmen. Sie sind und bleiben in erster Linie Einrichtungen zur Entsorgung und Hygienisierung von Abfällen, die stofflich nicht verwertbar sind.

Bereits im Jahr 2022 hat Bayern mögliche Probleme einer Aufnahme der Müllverbrennungsanlagen in den Europäischen Emissionshandel in einem Schreiben an die Mitglieder des Europäischen Parlaments ausführlich erläutert. Das zeigt: Wir sind uns der Besonderheit der Abfallwirtschaft bewusst, und wir haben uns in diese Debatte verantwortungsvoll eingebracht. Aber eines ist entscheidend: Diese Position bedeutet nicht, sämtliche klimapolitischen Instrumente für diese Anlagen abzuschaffen. Zwi-

schen fachlich begründeter Kritik an der Systematik des Emissionshandels und einem populistischen Komplettausstieg, wie ihn die AfD fordert, liegen Welten.

Meine Damen und Herren, im Antrag der AfD wird der Landkreis Kronach erwähnt, in dem die Müllgebühren um sage und schreibe 45 % gestiegen seien. Natürlich hat daran die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einen Anteil. Das verschweigt niemand. Aber zu suggerieren, dass die Müllgebühren allein wegen der CO<sub>2</sub>-Abgabe um 45 % gestiegen seien, ist schlicht falsch. Wir wissen doch alle, dass die Gebührenentwicklung von zahlreichen Faktoren abhängt: gestiegene Betriebskosten, erhöhte Anforderungen an Sortierung und Recycling, Investitionen in moderne Anlagentechnik und allgemeine Kostensteigerungen bei Energie und Personal. Die AfD tut so, als gäbe es nur den einen Grund. Das ist leicht zu durchschauender Populismus, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Politik braucht aber Ehrlichkeit, und die finden wir in diesem Antrag nicht.

Kommen wir zu einem weiteren argumentativen Kunstgriff der AfD. Sie behauptet, die CO<sub>2</sub>-Abgabe belaste insbesondere einkommensschwächere Haushalte. Das klingt bemüht sozial, ist aber wie so oft vorgeschoben; denn in der Realität macht die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Müllverbrennung in den meisten Kommunen unter 1 % der Müllgebühren aus. Wer daraus eine massive Zusatzbelastung konstruiert, sucht nicht nach Lösungen, sondern ausschließlich nach Schlagzeilen. Gleichzeitig verschweigt die AfD, dass es längst zahlreiche zielgerichtete Entlastungsinstrumente und Maßnahmen gibt, die genau diejenigen unterstützen, die das wirklich brauchen.

Eine pauschale Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe mit der berühmten Gießkanne würde alle entlasten, auch große Emittenten und Verursacher. Das ist nicht sozial und auch nicht gerecht, dass ist schlicht planlos.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Problem: Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist Teil eines bundesweit abgestimmten Systems des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Wer hier leichtfertig einzelne Elemente herausbricht, schafft Verunsicherung bei Kommunen, Unternehmen und Entsorgungswirtschaft. Diese brauchen aber Planungssicherheit, damit sie in moderne Sortiertechnik, effiziente Recycling-Anlagen und klimafreundliche Verfahren investieren können. Genau hier zeigt sich die Kurzsichtigkeit des AfD-Antrags: keine Alternative, keine Idee, kein Konzept.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er gibt keine Antwort darauf, wie Emissionen reduziert werden sollen, wenn das wichtigste Steuerungsinstrument gestrichen wird, keine Antwort darauf, wie Müllgebühren langfristig stabil bleiben sollen, wenn Klimafolgekosten steigen, und keine Antwort darauf, wie wir unsere Kreislaufwirtschaft modernisieren.

Meine Damen und Herren, die CSU steht für verantwortungsvollen Klimaschutz mit Augenmaß, für Innovationen statt Ideologie, für Effizienz statt Empörung, für gezielte Entlastung statt pauschaler Rückschritte. Klimaschutz ist für uns keine Strafe und kein Selbstzweck; er ist eine Investition in die Zukunft Bayerns, in unsere Wirtschaft, unsere Umwelt und in unsere kommenden Generationen.

Der vorliegende Antrag ist dagegen ein Musterbeispiel für Symbolpolitik. Er geht in seiner Intention ins Leere. Er ist fachlich falsch, ökologisch schädlich und politisch nicht verantwortbar. Ich möchte Sie bitten: Lehnen wir diesen Antrag geschlossen ab, und setzen wir weiterhin auf eine Klimapolitik, die wirkt – wirtschaftlich, sozial ausgewogen und technologisch zukunftsorientiert. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

**Gerd Mannes (AfD):** Herr Dietz, Ihre Rede war jetzt der Beweis dafür, wie tief sich doch die grüne Ideologie in die Hirne der CSU-Fraktion regelrecht hineingefressen hat. Aber nun mal zur Ehrlichkeit: Sie haben gesagt, die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist ein marktwirtschaftliches Element. – Nur sind Europa und Deutschland im Speziellen natürlich die Geisterfahrer. Global gibt es das ja nicht. Das heißt, wir haben sehr große Nachteile. Ich habe es vorhin ausgeführt: Das Arbeitslosengeld, das Sie wegen der verlorenen Jobs in Zukunft bezahlen müssen, wird bei Weitem die Einnahmen übersteigen. Darüber sollten Sie mal wirklich nachdenken.

Aber jetzt meine Frage: Sie haben versprochen, die Einnahmen als Klimageld auszugeben, zurückzugeben an die Bürger – und das tun Sie nicht. Sie haben sie belogen. Warum haben Sie das gemacht? Das wäre meine Frage.

**Leo Dietz (CSU):** Ich weiß nicht, wo ich gelogen habe. Die Frage, die Sie mir hätten stellen müssen, wäre, für welche Maßnahmen wir das ausgeben. Da gibt es sehr viele Maßnahmen, wofür wir das Geld wirklich ausgeben. Wir schaffen Entlastungsinstrumente, wir investieren in die Zukunft, in neue Heizanlagen, mit Fördergeldern, auch beim Wohngeld gibt es Zuschüsse zur Miete und zu den Wohnkosten, denn das Wohngeld ist ein laufender, bedarfsabhängiger Zuschuss im Rahmen der Reform. Wenn einkommensschwache Mieter nicht weiterkommen, dann wird auch hier geholfen. Das sind einfach Gelder, die auch durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe generiert werden und dementsprechend ausgeschüttet werden.

Jemand, der Emissionen verursacht – – Ich bin selber ein Verursacher, weil ich nämlich unglaublich gerne einen Verbrenner fahre. Ich bin auch bereit, für das zu bezahlen, was ich möglicherweise mehr an Emissionen ausstoße, damit andere, die das sparen, gefördert werden können, zum Beispiel auch die Elektromobilität; auch diese wird gefördert. Warum? – Weil ein Veränderungsprozess Geld kostet. Ich habe von vornherein gesagt: Wir wissen, dass dieser Prozess Geld kostet, das verschweigen wir nicht. Das ist aber die Politik, die wir für die Zukunft machen.



(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dietz. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Antrag der AfD zeigt einmal wieder, wie begrenzt der Horizont ist. Für alles ist jetzt die CO<sub>2</sub>-Bepreisung verantwortlich. Der Kollege Dietz hat es ausführlich gesagt: Wir haben in Bayern eine sehr große Variabilität. Zum Beispiel kostet im Landkreis Traunstein die 80-Liter-Tonne-Restmüllentsorgung plus Biotonne 90 Euro. Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen kostet das ungefähr das Dreifache, 280 Euro die Tonne. Wenn man sich jetzt die Ideologie der AfD zu eigen macht und sagt, dass das alles am CO<sub>2</sub>-Preis liegt, müsste man einen CO<sub>2</sub>-Preis von 200 Euro haben, der im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen gilt und im Landkreis Traunstein nicht. – Das Ganze ist also totaler Blödsinn. Von daher werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über den Antrag der AfD, der fordert, die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf die Müllverbrennung ersatzlos abzuschaffen. Ich sage es gleich zu Beginn: Dieser Antrag ist überflüssig, er ist inhaltlich falsch begründet und lenkt von realen Herausforderungen der Abfall- und Klimapolitik ab.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Sehr gut! Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst sage ich eines ganz klar: Bayern hat sich bereits mehrfach eindeutig und umfassend zu dieser Frage positioniert. Im Bundesratsverfahren zum Brennstoffemis-

sionshandelsgesetz hat Bayern eine Einbeziehung der Siedlungsabfallverbrennung klar abgelehnt. Auch im Verfahren zum Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz wurde dieselbe ablehnende Haltung vertreten. Das heißt, unsere Position ist im Bund längst bekannt. Es braucht keine neuen Initiativen, weil es keinen neuen Sachverhalt gibt, der eine erneute Positionierung erforderlich machen würde. Der AfD-Antrag läuft also ins Leere. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion. Bitte sehr.

**Gerd Mannes (AfD):** Danke, Frau Jakob, für die Ausführungen. Wir sind ja einer Meinung. Sie, also die CSU und die FREIEN WÄHLER, wollen diese Abgabe für die Müllverbrennung nicht. Die AfD will sie auch nicht. Jetzt haben Sie aber gesagt, es gäbe keinen neuen Sachverhalt. Da muss ich Sie korrigieren, denn gibt es nämlich schon, weil Ihre Koalitionspartner von der CSU von der Opposition in die Regierung gekommen sind. Da könnte man das aber schon noch mal probieren, dass sie in der Regierung versuchen, das doch noch umzudrehen. Sie liegen hier also völlig falsch, und jetzt frage ich Sie: Wäre es nicht sinnvoll, wenn Sie Ihre Koalitionskollegen von der CSU fragen würden, ob sie im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung doch noch mal versuchen, was sie ja selber wollen, dass die Müllverbrennungsgebühren wegkommen?

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Liebe CSU, ihr habt es gehört: Könnt ihr das bitte einmal im Bund ansprechen? – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Für die SPD hat Frau Kollegin Anna Rasehorn das Wort.

**Anna Rasehorn (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Schön, dass alle außer der AfD erkannt haben, dass sich die Welt weiterdreht, dass wir nicht mehr einfach alles verbrennen, was wir so finden, und dass wir einen ökologischen Fußabdruck haben.

Ich wünsche einen wunderschönen Feierabend.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Rasehorn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:58 Uhr)